

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 38.

Charlottenburg, Freitag, den 23. September 1921.

48. Jahrg.

Goldwerte.

(Aus Nr. 16 der „Betriebsrätezeitung“.)

Die „Erfassung der Sachwerte oder Goldwerte“ beschäftigt die gesamte Presse und die Arbeiterschaft außerordentlich lebhaft. In der „DAB“ schrieb Regierungsrat a. D. Elster zu dieser Frage:

„In unserer deutschen Volkswirtschaft gibt es weder Goldwerte noch Papierwerte. Es gibt nur Reichsmarkwerte, und diese sind entweder Geld oder zweitens Forderungen auf Geld oder drittens Preiskomplexe sachlicher Güter.

Die Schwierigkeit, ja die Unmöglichkeit, diese letzten steuerlich zutreffend zu „erfassen“, liegt in der Tatsache des ständigen Schwankens der in Geld, d. h. also in Reichsmark, ausgedrückten Preise zwingend begründet. Die wissenschaftlich ganz unhaltbar formulierte Forderung also, „Goldwerte in den ihnen innewohnenden Papierwert aufzulösen“, bedeutet — in eine wissenschaftlich einwandfreie Fassung gebracht — nur das unerfüllbare Verlangen, bei der Steuerveranlagung die Werte — das also heißt die normalen Preise — derart zu bestimmen, daß sie dem Schwanken aller Preise zum Trost auf länger hin doch richtig bleiben. Dies aber eben ist unmöglich; insbesondere auch schon darum, weil die Inflation die verschiedenen Güterpreise gar nicht gleichzeitig und nicht in gleichem Maße trifft.

Es ist denn schließlich auch nicht richtig, daß die Sachwerte aus dem Elend der Inflation „für sich (?) und ihre Besitzer sogar erhebliche Gewinne gezogen“ hätten. Wichtig ist wohl, daß die „Geldentwertung“ unmittelbar die Güter nicht berührt. Gedankliche Verwirrung kennzeichnet aber die Behauptung, daß die wirtschaftlichen Wirkungen der Inflation dem Sachvermögen als solchem zusetzen können könnten.“

Welch schwieriges Problem! Versuchen wir, uns hier zurechtzufinden. Kapitale*) werden gekauft und verkauft zu Preisen, die in Markwährung ausgedrückt werden; die Zahlungen erfolgen in Papiermark. Der Preis der Kapitale ergibt sich aus dem Ertrag, den sie abwerfen unter Zugrundelegung des durchschnittlichen Kapitalzinses. Ausnahmen bestehen bei Ausfuhrwerten. Es werden Güter als Herrensitze, Börsenpapiere als Spielobjekte, Willen und Schlösser genau so wie seltene Briefmarken, Gemälde oder edle Weine gekauft, ohne Rücksicht darauf, ob die Erträgnisse oder späteren Verkaufserlöse mit dem Einstandspreis in Übereinstimmung bleiben können.

Ein Fabrikgebäude, mit Goldmark erbaut für irgendwelche Sonderzwecke, kann auf den reinen Baumaterialwert herabsinken, wenn eine lohnende Fabrikation aus irgendwelchen Gründen in ihm nicht mehr möglich ist. Eine Kiesgrube hört auf, Kapital zu sein, wenn die Kleinbahn zum Abtransport den Betrieb einstellt und der Kies deshalb nicht mehr verkäuflich ist, eine Maschinenanlage, wenn die erzeugten Waren außer Mode gekommen sind usw. Aus der Tatsache, daß Sachgüter mit Goldmark einst beschafft wurden, ergibt sich also noch nicht, daß ihr heutiger Wert sich aus dem Verhältnis von Goldmark zu Papiermark feststellen läßt.

Die Höhe der Preise, die erzielbar sind, auch für die sogenannten Goldwerte, hängt von der Kaufkraft entscheidend ab, nicht aber von dem objektiven Gebrauchswert. Wenn 1000 Eigenhäuser zum sechs- oder zehnfachen Friedenspreis angeboten werden, weil die Verkäufer die vorhandene Kaufkraft so hoch einschätzen und diese 1000 Häuser tatsächlich zu diesen Preisen verkauft werden, dann sind die übrigen Eigenhäuser durchaus nicht ebenso teuer zu verkaufen, also ebensoviel wert. Die Kaufkraft der wohlhabendsten

1000 Käufer hat sich dann vielleicht ausgewirkt; die übrigen Interessenten können vielleicht nur noch den zwei- oder dreifachen Friedenspreis aufbringen. Wie hoch ist nun aber der sogenannte Goldwert jedes einzelnen Eigenhauses? Er ist ohne weiteres gar nicht zu bestimmen. Der Preis des Goldes selbst steht ja nicht fest, sondern unterliegt dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage.

Warum fordern die Arbeiter nun die Erfassung der „Goldwerte“? Sie wollen den Besitz und den Wertzuwachs des Besitzes durch die Geldentwertung belasten, um den Massenverbrauch zu entlasten. Erfolgt also die Erfassung der Goldwerte in der Form, daß die dem Besitz auferlegten Lasten abgewälzt werden können, sei es, daß die höheren Zinsen in die Warenpreise ein kalkuliert werden, sei es, daß die Aufschläge auf die Selbstkosten so groß werden, daß vom ausgewiesenen Gewinn auch Beteiligungen des Reiches ohne Benachteiligung der Gewinnbezieher abgegeben werden können, dann lassen sich diese Steuereinnahmen durch reine Verbrauchssteuern billiger einziehen.

Die Besitzer von Geldforderungen, von Ersparungen, die in Gold gegen fest verzinsliche Forderungen vor dem Krieg hingegeben wurden, sind durch Geldentwertung grausam enteignet worden. Der Arbeiter, der für 97 Mk. Gold sich z. B. 3½prozentige auf 100 Mk. lautende preussische Konsols (konsolidierte preussische Staatsanleihe) gekauft hat, erhält heute jährlich 3,50 Mk. abzüglich 35 Pf. Kapitalertragssteuer, also 3,15 Mk. in Papiergeld als Zinsen ausgezahlt. Und wenn er aus Not dieses Stück von nominell 100 Mk. verkaufen muß, dann erhält er etwa 60 Mk. Kurzwert in Papiergeld ausgezahlt, die wiederum nur den fünfzehnten Teil der Kaufkraft haben, als der gleiche Betrag in Gold gehabt hat. Die Verluste, die die kleinen Sparer treffen, sind also geradezu furchtbar.

Anderes steht es mit den Sachwerten, Boden, Häusern, Produktionsmitteln, Mobiliar, Kunstgegenständen, Juwelen, mit Baumbeständen, Obstgärten usw. Bei den Eigenhäusern, Produktionsmitteln usw. bestimmt sich der Wert nach den Preisen der neu herzustellenden Güter. Infolgedessen erhält der Besitzer alter Sachgüter beim Verkauf einen Gegenwert in Papiergeld, der sich an die Geldentwertung angleicht, ja ihn teilweise überschreitet. Hat also der eine 1914 ein Klavier gekauft und sein Bruder den gleichen Betrag zur Sparkasse gegeben oder Konsols gekauft, so ist ihre wirtschaftliche Lage eine sehr verschiedene geworden, obgleich ihre Ersparnisse 1914 den gleichen Wert besaßen. Aus dieser Erkenntnis von der Wertbeständigkeit der Sachgüter haben ja bekanntlich sehr viele Leute ihre Ersparungen und Gewinne rechtzeitig in Möbeln, Kunstgegenständen, Juwelen, Eigenhäusern, Rohstoffen, Produktionsmitteln, Obstgärten usw. angelegt. Und wer heute solche Sachgüter kaufen kann, wird erheblichen Gewinn haben gegenüber denen, die erst im nächsten Jahr zur Einrichtung einer Wohnung oder einer Werkstatt oder eines Geschäftsbetriebes zu Käufen gezwungen sein werden. Die Geldentwertung hat also hier Wertunterschiede entstehen lassen, die einen Ausgleich finden müssen.

Nicht erst durch die Geldentwertung sind solche Unterschiede in den Werten und Renten eingetreten, die sogenannten Differentialrenten aus der Qualitätsverschiedenheit des Bodens, aus den Standorten, der Marktnähe, der Ersparung an Transportkosten, der Nähe der Kraft- und Rohstoffquellen, der günstigen Lagerung von Bodenschätzen, den Qualitätsverschiedenheiten der Bodenschätze, der Wasser- und Witterungsverhältnisse usw.

Der Landwirt auf gutem Boden erzielt höhere Gewinne als der auf schlechtem Boden; der, der vor den Toren der Großstadt landwirtschaftliche Produkte erzeugt, erhält erheblich höhere Preise als der Bauer weitab von der Bahnstation, der erst durch Groß- und Kleinhändler seine Produkte verkaufen kann. Die Fabrik mit Gleisanschluss oder am Kanal, in einem Kohlen- oder Rohstoff-

*) Produktionsmittel, Boden, Aktien, Schatzwechsel, Devisen, Staatsanleihen usw.

schiebt gelegen, hat ganz erhebliche Ersparnisse an Transportkosten gegenüber solchen, die weit ab von diesen liegen.

In der Zwangswirtschaft, in der Einheitspreise festgestellt werden mußten und diese Preise sich auf die höchsten Produktionskosten der am ungünstigsten gelagerten Erzeuger aufbauten, hat man Ausgleichsklassen geschaffen, um mit den Ubergewinnen der am günstigsten produzierenden Werke die Preise zu verbilligen. Solche Ausgleichs werden teilweise auch vorgenommen mit den Valutagewinnen derjenigen Erzeuger, die Exporterlaubnis erhalten zugunsten derjenigen, die zu niedrigeren Preisen den Inlandsmarkt versorgen.

Es bestehen also in sehr großem Umfang Unterschiede in dem Gewinnträgnissen, die sich nicht aus der besonderen Tüchtigkeit der Erzeuger, sondern aus objektiven Tatsachen, aus natürlichen Vorzügen der Lage und Qualität ergeben. Nun ist es richtig, daß diese natürlichen Vorzüge in den Bodenpreisen haben abgegolten werden müssen, daß der Morgen Land vor den Toren der Stadt wegen seiner Marktnähe erheblich teurer gekauft wurde als der Morgen in 100 Kilometer Entfernung, daß der Boden für eine Fabrik dicht an der Bahnstation mit Gleisanschluß teurer war als der entfernte, dessen Besitzer Fuhrwerk für An- und Abfuhr von der Bahn zur Fabrik halten muß.

Wenn wir also den Grundsatz aufstellen, daß die unter ungünstigeren Verhältnissen produzierenden Unternehmungen geschont und die infolge natürlicher Vorteile billiger produzierenden belastet werden sollen, so geschieht das, um die Abwälzung der Lasten aus einer Goldwertbesteuerung auf die Warenpreise zu erschweren. Berechtigt ist aber vor allem eine Besitzwechselbesteuerung, die allerdings eine genaue Bestandaufnahme aller Inventare erforderlich macht.

Werden diejenigen, die infolge natürlicher Vorteile ohne besondere Mühen höhere Einnahmen erzielen, steuerlich schärfer erfaßt, so wirkt sich eine solche Besteuerung produktionsfördernd aus, da die bevorzugten Erzeuger gezwungen werden, größere Anstrengungen zu machen, wenn sie ihre früheren Gewinne weiter erzielen wollen.

Es wird also Aufgabe der Regierung sein müssen, die sogenannten Goldwerte so zu erfassen, daß die Belastung sich nicht auf die Warenpreise abwälzen läßt, sondern von den Besitzern der Sachwerte selbst getragen werden muß. Ob diese Aufgabe der jetzige überlastete Steuerapparat wird erfüllen können, muß bezweifelt werden. Sehen wir doch, daß auf die Entstehung der Gewinne gar keine Rücksicht genommen wird, daß der Gewinn des hervorragenden Organisations, des mit größter Tüchtigkeit arbeitenden, der Volkswirtschaft hervorragende Dienste leistenden Ingenieurs genau ebenso erfaßt, ja viel schärfer erfaßt wird, als der des gemeinschädlichen Spekulanten und Preisverteuerers! Das ist zweifellos ein Unrecht, eine Hemmung für die fortschrittlichen und volkswirtschaftlich wertvollsten Kräfte.

Wie können aber diese Forderungen erfüllt werden? Die planwirtschaftliche Organisation zeigt uns den Weg. Innerhalb eines geschlossenen Fachgebietes, in dem die Produktionslage jedes einzelnen genauest feststellbar ist, läßt sich eine Lastenverteilung so vornehmen, daß die tragfähigsten Schultern am stärksten belastet, daß die Vorzüge aus natürlichen Begünstigungen berücksichtigt werden. Der sachwirtschaftliche Selbstverwaltungskörper kann zum Träger der Steuerlasten gemacht werden, nicht nur in der Industrie, sondern auch in der Landwirtschaft. Sagt doch die Regierung zur Bewertung des Grundvermögens in den neuen Steuerentwürfen:

„Fast einstimmig haben die Landesfinanzämter die Ermittlung eines zuverlässigen Ertragswertes für die Landwirtschaft als undurchführbar bezeichnet und darauf hingewiesen, daß der Ausweg, den die Praxis gefunden hat, in weitem Umfang eine Bevorzugung der Landwirtschaft darstellt.“

Einwandfreie Formeln zur Feststellung des gemeinen, von den Einwirkungen der Geldwertschwankungen freien Wertes zu finden, ist nicht möglich. Wollen wir in erträglichen Grenzen die Lastenausbringung verteilen, so müssen eben Organe geschaffen werden, die nach den vom Reichsminister der Finanzen aufzustellenden Grundsätzen nach dem wirklichen Leistungsvermögen und nach gemeinwirtschaftlicher Gesichtspunkten die Steuern einzuziehen vermögen.

Wenn Regier... am Anfang bestreitet, daß die Wirkungen der Geldwert... dem Sachvermögen als solchem zuzustatten gekommen... ist richtig. Wenn ich ein mit Gold gekauftes Klavier gegen Papiergeld heute verkaufe, so gestattet mir der Erlös nicht, ein besseres Instrument mit diesem Papiergeld-erlös kaufen zu können. Also das Sachvermögen selbst hat seinen Wert nicht durch die Geldwert... im allgemeinen erhöhen können. Das ist aber nicht das Ausschlaggebende. Im Verhältnis zu denen, die kein Sachvermögen aus der Geldwertzeit besitzen,

sondern nur Geldforderungen, im Verhältnis zu denen, die kein Vermögen haben, sondern aus ihrem Arbeitseinkommen erst Sachwerte des notwendigen Bedarfs beschaffen müssen, ist die Lage der Besitzer von Sachwerten aus der Zeit der Goldwährung eine so außerordentlich bevorzugte, daß sie zur Steueraufbringung in einem ganz anderen Grad herangezogen werden müssen, als es bisher geschehen ist.

Dr. Alfred Striemer.

Von den Allianzen der Klassen.

Die politischen Lehren der Teuerungsbewegung.

Von Friedrich Oll, Elberfeld.

Alle Anzeichen weisen darauf hin, daß infolge der ungeheuren Preissteigerung und der Inflation unseres Geldes unser sich eben erholendes Wirtschaftsleben nicht an ernststen Erschütterungen vorbeikommen wird. Wohl sind infolge der schlechteren Bewertung der deutschen Mark beachtenswerte Aufträge aus dem Ausland hereingekommen, so daß unsere Exporteure die alte Preis- und Valutaklausel, eine der bösesten Erinnerungen an die Dumpingzeit, teilweise wieder einführen konnten. Wohl rauchen die Eisen andauernder als in den letzten Sommermonaten und die Berichte über die Arbeitsmärkte klingen hoffnungsvoller und erfreulicher. Doch ist nicht zu übersehen, daß das intensive Anziehen der Preisschraube, besonders für Lebens- und Genussmittel, eine neue Preis- und Lohnrevolution provoziert. Und in diesem Zusammenhang muß festgestellt werden, daß die aufsteigende Tendenz der deutschen Preisbildung und die nachlassende Bewertung der deutschen Mark auf die Ueberstürzung zurückzuführen ist, mit der unter dem Regime Hermes die Rückkehr von der gebundenen Wirtschaft zur ungebundenen vollzogen wird.

Gewißlich muß zwischen Produzenten- und Konsumentenpolitik ein erträglicher Ausgleich geschaffen werden. Wohin eine überspannte Konsumentenpolitik der Gewalt und der Zwangsmäßigkeit führt, zeigt die gegenwärtige Situation in Rußland. Aber die Männer, denen die Ernährungswirtschaft in Deutschland anvertraut wurde, machen ausschließlich Produzentenpolitik, die heute den Massen als Dividenden- und „Gute Preispolitik“ erscheinen muß. Man hat den Erfahrungen bei Aufgeben der gebundenen Wirtschaft im vorigen Jahre zuviel getraut. Damals aber hatte man mit einer schlechten Weltkonjunktur und mit einer Entspannung des Weltmarktpreises zu rechnen. Heute, wo man das Experiment auf die Getreidewirtschaft erweitert, stellen sich neben den „menschlichen Schwächen“ der aderbautreibenden Bevölkerung und der verbrecherischen Gewinnsucht weiter Händlerkreise die sachlichen Schwierigkeiten ein. Es war vorauszusehen, daß die Weltmarktkrise auch einmal ihr Ende erreichen würde. Und wenn die Anzeichen nicht trügen, bewirkt die anziehende Konjunktur in England und Amerika ein Steigen der Weltmarktpreise. Und dieses Steigen wird sehr wahrscheinlich unheilvoll auf die deutsche Preisbildung zurückwirken. Die Frage, ob unsere Wirtschaft dem gewachsen ist, soll dahingestellt bleiben. Noch steht auf dem freien Markt in Deutschland ein nicht genügendes Angebot einem nicht aus der Inlandsproduktion zu befriedigenden Bedarf gegenüber, der z. B. die deutschen Getreidepreise über die Weltmarktparität getrieben hat. Die einzige Möglichkeit, die Katastrophe in ihren fürchterlichen Folgen abzuschwächen, ist heute die Erhöhung des Umlagegetreides zum mindesten über 4 Millionen Tonnen.

Unter Einfluß der beispiellosen Preissteigerung mehrten sich die Nachrichten über Arbeitseinstellungen in unheimlicher Fülle. Der Industrie kommen heute die Streiks sicher ungelegen. Aber wie es scheint, ist man in den industriellen Kreisen gewillt, diesen Auseinandersetzungen nicht aus dem Wege zu gehen. Heute greift man kaum die Stellung, die die politische Vertretung der deutschen Industrie gegenüber der Ernährungspolitik eingenommen hat. Die Erinnerung an den Streit zwischen dem preussischen Landwirtschaftsminister Braun und dem Reichsernährungsminister Hermes wird lebendig. Die Politik Braun scheint heute richtiger und gegebener, denn je. Sie plante eine Aufforstung der landwirtschaftlichen Produktion durch Verbilligung der Düngemittel. Damit war der Finger in die offene Wunde gelegt. Jeder weiß, wie sehr der prozentuale Anteil der Ausgaben für Düngemittel an den Herstellungskosten der landwirtschaftlichen Produkte gesunken ist. Wäre man auf die Braunschen Pläne eingegangen, so würden sich heute, wo wir bei Wiedereinführung des freien Getreideimports Milliarden ins Ausland tragen müssen, die wohlthätigen Folgen bemerkbar machen.

Die deutsche Industrie ist mit den Arbeitern an billigen Lebensmittelpreisen interessiert. Eine natürliche Verbindung, eine selbstverständliche Allianz der beiden Klassen, scheint in diesem Falle für lange Zeit gegeben zu sein. Und doch ist es anders gekommen. Unter vielstündigem Lächeln des deutschen Agrariers hat das deutsche Unternehmertum gegen die gebundene Wirtschaft Sturm gelaufen. Vielleicht aus dem Gefühl der Antipathie heraus. Viel-

leht aus dem Gefühl des Misstrauens gegen ein System, das an Landwirtschaft, Leistungs- und Lieferungsverbände usw. erinnerte. Die Entwicklung der Dinge zeigt, daß das deutsche Unternehmertum unter dem falschen Kalkül am meisten leidet. Die Bewegung gegen die Teuerung beweist, daß die Massen der Konsumenten genügende Kraft bewahrt haben, sich gegen eine ungerechtfertigte Reduzierung des Güteranteils mit aller Energie zu wenden. Wir wissen, daß die gesamte Wirtschaft unter diesen Kämpfen in erster Linie leiden muß, und daß das deutsche Unternehmertum durch seine politische Stellungnahme nicht nur eine unheilvolle Erschütterung der Wirtschaft heraufbeschwört, sondern auch mit einer Tradition der friedlichen Auseinandersetzung mit der Arbeiterschaft bricht, die sich seit dem Zusammenbruche einzubürgern schien, die im Interesse unserer Wirtschaft liegt und bei der die deutsche Industrie sehr gut und das deutsche Unternehmertum nicht sehr schlecht gefahren ist. Der aggressive Teil angesichts der bedauerlichen Situation sind jene Vertreter des Unternehmertums, die heute, wo unsere Lage einem ausbrechenden Vulkan gleicht, unklugerweise die Frage des Nachhundertages erörtern und jene Scharfmacher, die den notwendigen Forderungen der Arbeitnehmerschaft fast verständnislos und in einer Manier gegenübertreten, die jede Würdigung der gerechtfertigten Forderungen vermissen läßt. Das ganze Unternehmertum sollte bei den unabwendbaren Kämpfen immer die künftige Koalition im Auge haben. Für Jahrzehnte hinaus wird sich eine gemeinsame Front zwischen konstantem und variablem Kapital gegen das deutsche Agrarierium nicht vermeiden lassen. Und an eines sollte das deutsche Unternehmertum denken: In der Front der Konsumenten und der Arbeitnehmer stehen in erster Linie jene Schichten, die man nach der Revolution mit dem Ausdruck das „zweite oder das andere Proletariat“ bezeichnet hat. Es sind die großen Schichten der geistigen Arbeiter, jene Schichten, die sich aus begreiflichen und erklärlichen Gründen bei Lohnbewegungen und in den Mieter-schutzvereinen am radikalsten gebärden. Ob es klug ist, und ob es im Interesse unserer Wirtschaft liegt, wenn das deutsche Unternehmertum es auf eine politische ungezügelter Auseinandersetzung mit jenen Schichten ankommen läßt, die bei dem gegenwärtigen Kurs der deutschen Industriellen früher oder später erfolgen muß, ist eine andere Frage.

Eine weitere Lehre politischer und wirtschaftspolitischer Art darf vor allen Dingen nicht übersehen werden. Der Vorstoß des Agrarieriums konnte nur deshalb gelingen, weil ein Teil des Proletariats der entscheidenden parlamentarischen Aktion passiv gegenüberstand, sich mit an den wichtigen Wahlen beteiligte oder den Kampf um Lenins Part und Crispiens Massenkampf-Auffassung dem Kampf um die proletarischen Existenzfragen vorzog. Angesichts dieser betäublichen Tatsache muß immer wieder betont werden, daß das Proletariat in seinen unbegreiflichen Bruderkämpfen viel versäumt hat. Aber nicht alles! Wenn es heute faktisch gezwungen ist, seine bloße Existenz in heftigen Wirtschaftskämpfen zu verteidigen, dann hat es den klaren Köpfen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung dafür zu danken, daß die gewerkschaftlichen Positionen, das gewerkschaftliche Bollwerk, noch intakt und für die bevorstehenden Kämpfe noch brauchbar ist. Es hätte nicht viel gefehlt, und es wäre nicht so.

Der Tag der Rechtfertigung des deutschen Gewerkschaftsführers ist angebrochen.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Neue Handelsbeziehungen. — Die Verteuerung der Lebenshaltung. — Die Ausdehnung des amerikanischen Petroleumtrusts. — Die Kartellierung in der Seidenband-Industrie. — Neugründung und Kapitalerhöhung der Aktiengesellschaften.

Die Regelung unserer Handelsbeziehungen zum Ausland ist während des Krieges in einen Zustand vollständiger Desorganisation geraten. Erfreulicherweise beginnt die Regierung langsam wiederum durch Verträge eine sichere Grundlage für den Warenverkehr zu gewinnen. Sehr bedeutsam ist das Abkommen, das vor kurzem mit der italienischen Regierung getroffen wurde; weniger vielleicht seines Inhaltes wegen, als vielmehr, weil wir zunächst einem der Ententestaaten handelspolitisch näherkommen. Der italienische Vertrag stellt unsere Handelsvertretung insoweit gleich mit denen der übrigen Länder, als Handel und Industrie ihre Beziehungen im direkten Verkehr wieder in Italien anknüpfen können. Wir sind zwar nicht in dem Handelsabkommen zu einer Meistbegünstigung gelangt, d. h. Italien wird uns nach wie vor in der Einfuhr deutscher Waren ungünstiger stellen als die übrigen Handelsnationen, besonders Frankreich und England, aber wir haben im Vertrag noch die Zusicherung, daß der gegenwärtige Zustand nicht abermals verschärft und das Verhältnis der Differenzierung unserer Waren gegenüber Frankreich und England nicht zu unseren Ungunsten geändert werden wird. Die Stellung, die Deutschland in diesem Vertrag einnimmt, ist nicht etwa auf eine absichtliche Zurück-

setzung deutscher Interessen zurückzuführen, sondern sie wird damit begründet, daß Italien bei dem sehr gesunkenen Wert der Mark Deutschland nicht die gleiche günstige Position einräumen könne, wie den valutarisch besser gestellten Ländern. Nachteile des Vertrages sind für Deutschland auch, daß wir Produkte aus Italien hereinlassen müssen, die vom Standpunkte unserer inneren Volkswirtschaft für uns eine Belastung sind, da sie keinen notwendigen Bedarf decken. Aber Handelsabkommen beruhen darauf, daß von beiden Seiten Konzessionen gemacht werden; unsere Industrie wird die Möglichkeit haben, einen Absatzmarkt in Italien wieder zu gewinnen.

Ein Handelsabkommen mit der Tschechoslowakei steht vor dem Abschluß. Die Vereinbarungen auf der Grundlage der Meistbegünstigung ermöglichen es, daß gegen uns die niedriger gehaltenen Vertragszölle in Anwendung kommen. Wenn auch die Zahl der Positionen, die hier in Frage kommen, nicht sehr groß ist, so haben wir es immerhin auch hier mit einer Vereinbarung zu tun, die im gegenseitigen Verkehr Erleichterungen bieten wird.

In einem Wirtschaftsabkommen mit Lettland spielt die Gewährung eines Warenkredits, den Deutschland den Vertragschließenden zuteil werden läßt, eine bedeutsame Rolle. Es ist beabsichtigt, in Deutschland die an dem Geschäftsverkehr mit Lettland interessierten Kapitalistengruppen zu einer Organisation zusammenzufassen und mit dieser Organisation die Kreditregelung zu sichern. Der Abschluß der Einkäufe von Lettland wird mit dieser Organisation erfolgen und die lettische Regierung übernimmt die Garantie für die eingegangenen Verpflichtungen. Dieser Kredit kann bis zu 500 Millionen Mark in Anspruch genommen werden und soll je nach der Vereinbarung 1½ bis 10 Jahre laufen. In Frage kommt die Lieferung von Kunstdünger, landwirtschaftlichen und industriellen Maschinen und anderen Erzeugnissen der deutschen Industrie.

Die Verteuerung der Lebenshaltung hat nach den Ermittlungen des Statistischen Reichsamtes auch im August eine Zunahme erfahren. Wie bekannt, ergab schon der Vormonat eine Aufwärtsbewegung, die nunmehr im August weit überholt ist, indem die Indexziffer von 963 auf 1045 gestiegen ist. Die Erhöhung beträgt gegenüber dem Monat Juli 8,5 v. H., und stellt man den Januar d. J. in Vergleich, so ist eine Steigerung von 10,7 v. H. zu verzeichnen. Gegenüber dem tiefsten Stand im April d. J. mit 860 beträgt die Zunahme 18,75 v. H. Dabei kommt die Brotpreiserhöhung für Monat August noch nicht voll zur Geltung.

Auch die Ermittlung über die Waren-Großhandelspreise, wenn man die Indexziffer mit 100 1913 als Grundlage nimmt, zeigt, daß im Juli eine Steigerung von 60 Punkten gegenüber dem Vormonat eingetreten ist. Nach dieser Aufstellung sind die inländischen Lebensmittel noch nicht so stark gestiegen, wie die vom Ausland eingeführten. So erhöhte sich für Kolonialwaren die Indexziffer von 1273 auf 1447. Erheblich ist auch die Preisbewegung für Textilien: von 1823 auf 1921; für Kohlen und Eisen: von 1671 auf 1740. Leider haben wir in der Folgezeit mit weiteren Steigerungen zu rechnen. Kohle und Eisen ist gegenwärtig schon weit über den Stand des Juli hinausgegangen und wird durch die Lohnerhöhung im Bergbau einen nicht unerheblichen Aufstieg erfahren. Die Ursache der Preissteigerung der Kolonialwaren ist die Entwertung der Mark. In der Textilindustrie sind die Preise für Baumwolle und Wolle in den Produktionsländern sehr stark im Anziehen begriffen, wobei für uns noch ungünstig in die Erscheinung tritt, daß unsere entwertete Mark eine weitere starke Belastung in der Preisbildung herbeiführt. Auf dem Lebensmittelmarkt ist, wie bekannt, die Preisaufrwärtsbewegung zurückzuführen auf die nunmehr fast vollständige Freigabe des Handelsverkehrs und die Beseitigung der Zwangswirtschaft.

In der Entwicklung der Standard Oil Kompagnie, des großen amerikanischen Petroleumtrusts, macht sich ein großer Zug zur Ausbreitung seines Herrschaftsgebietes bemerkbar. Auf dem Petroleummarkt herrscht gegenwärtig durch Ueberangebote ein Preisdruck, der von dem amerikanischen Trust dahin ausgenutzt wurde, durch weitere Unterbietung im Preise die Konkurrenz schwer zu schädigen. Darauf folgten die holländischen und englischen Unternehmungen dem Preisdruck und gingen mit ihren Angeboten unter die Standard Oil Kompagnie. An der Börse in Amsterdam und London wurde diese gegenseitige Konkurrenz damit beantwortet, daß die Papiere der Unternehmungen sehr schnell abwärts-glitten und nun von dem amerikanischen Trust aufgekauft wurden. Man nimmt an, daß auf diese Art die Standard Oil Kompagnie erheblichen Einfluß auf die Konkurrenz gewinnen wird. Wie mächtig der Einfluß dieser Kapitalistengruppe ist, erkennt man daraus, daß sie das Vorhaben der mexikanischen Regierung, die Ausfuhrabgabe für das aus Mexiko herausgehende Petroleum zu

erhöhen, verhinderte. Das geschah in der Weise, daß die Standard Oil Kompagnie, die große Besitztümer in Mexiko hat, der mexikanischen Regierung erklärte, daß sie ihre Betriebe in Mexiko gänzlich stilllegen werde. Die mexikanische Regierung wiederum suchte sich diesem Druck dadurch zu entziehen, daß sie jetzt den Japanern Anerbietungen auf den Erwerb der Petroleumquellen unterbreitet. Es wird berichtet, daß eine sehr kapitalträchtige japanische Finanzgruppe, hinter der auch Mitglieder der dortigen Regierung stehen, auf dieses Anerbieten eingehen werde. Politisch wird es der nordamerikanischen Regierung nicht gerade angenehm sein, wenn sich Japaner in Mexiko festsetzen.

In Deutschland erfolgte neuerdings eine starke Kartellvereinbarung in der Seidenbind-Industrie. Die Verbände dieser Industrie haben einen Vertrag mit dem Großhandel abgeschlossen, wonach sich dieser verpflichtet, nur von den kartellierten Verbänden einzukaufen und auch seine Abnehmer zu verpflichten, von keinem Außenseiter Waren abzunehmen. Der Großhandel bekommt eine Preisvergünstigung von 15 v. H., während dem Kleinhandel Umsatzvergütungen von 1 bis 4 v. H. geboten werden. Die Organisation will vor allem auch bemüht sein, die Auslandsbeziehungen erfolgreich zu gestalten und durch Vertretungen im Ausland den Markt dort wieder zu gewinnen.

In der Gründung von Aktiengesellschaften und G. m. b. H. zeigt sich im Juli wiederum eine Auswärtsbewegung gegenüber dem vorausgegangenen Monat. Es wurden an Neuinvestitionen auf dem Kapitalmarkt 491,4 Millionen Mark beansprucht. Dagegen ist der Anspruch auf Kapitalerhöhung etwas zurückgegangen, und zwar auf 1634,6 Millionen gegenüber 1931,3 Millionen Mark im Monat Juni. Immerhin eine sehr erhebliche Inanspruchnahme des Kapitalmarktes, der uns zeigt, wie lebhaft die Tendenz in der Industrie ist, ihre Unternehmungen auszuweiten und die Werte in Papiermarkt umzuwandeln. Der Kapitalmarkt selbst wird durch die enormen Ansprüche keineswegs erschüttert, die Anforderungen werden leicht und ohne Schwierigkeiten befriedigt. Mittlerweile steigt die Verschuldung des Deutschen Reiches von Monat zu Monat. Von 214 196,1 Millionen Mark Ende Juli stieg die schwebende Schuld bis Ende des darauffolgenden Monats auf 219 205,7 Millionen Mark. Wird die Notenpresse weiter in diesem Tempo in Bewegung gesetzt, so können wir nicht damit rechnen, daß wir der Preisentwidelung Einhalt gebieten können. Wir werden zu einer weiteren Entwertung unserer Zahlungsmittel gelangen und damit in Verbindung ist ein Tempo schneller Preisaufwärtsbewegung zu befürchten. Kommt die Regierung nicht dazu, daß sie bei der Aufbringung der Mittel, die sie für den Ausgleich im Etat notwendig hat, in die Vermögenswerte eingreift, so sinken wir in ein finanzielles Chaos, aus dem es keine Rettung gibt.

Zur Lohnvertragskündigung.

Die eminente Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel hat eine große Erregung in allen Betriebspersonalen unseres Berufes hervorgerufen. Die Gemüter der Arbeiter und Arbeiterinnen sind aufs höchste gespannt und die Frage ist auf aller Lippen: Wird uns die nächste Lohnerhöhung unser Dasein etwas leichter ertragen lassen? Verwünschungen und Flüche gegen die Ausbeutung werden laut, wenn Tag für Tag der Arbeiter sieht, wie die besitzende Klasse in Völlerei und vollem Prunke lebt. Die Angehörigen dieser Klasse schwimmen förmlich im Gold und wissen weiter nichts anzufangen mit ihren Revolutions- und Valutagewinnen, als ihre Macht des Geldes prunken zu lassen. Paläste als Wohnungen werden aufgeführt, Luxusgegenstände, wie Auto usw., angeschafft, und auf der anderen Seite muß der Arbeiter sehen, wie er immer weiter in Elend und Not gerät. Da ist wohl die Erbitterung begreiflich, die sich des Arbeiters immer mehr bemächtigt. In dieser Erregung ist er leicht geneigt, von seinen schärfsten Kampfmitteln Gebrauch zu machen. Sollten die Unternehmer in der Porzellan- und Steingutindustrie diesmal der Not ihrer Arbeiterschaft nicht genügend Rechnung tragen, so befürchte ich Schlimmes für unseren Beruf. Ein Beruf, der aus dem Nichts hochwertige Produkte schafft, beträchtliche Gewinne erzielt und eine günstige Konjunktur zurzeit hat, sollte auch seiner Arbeiter besser gedenken als bisher. Die Porzellanindustrie: ... etwa die Einsicht erst kommen, wenn es zu spät ist und unsere Industrie bedeutenden Schaden erleidet hat?

Wohl haben wir eine geschulte Arbeiterschaft in unserer Industrie, die sich der Vorteile eines Tarifvertrages und der ruhigen Entwicklung des Wirtschaftslebens bewußt ist. Die heutigen Leuerungsverhältnisse und die wachsende Not haben jedoch viel dazu beigetragen, ruhige Erwägungen zu verdrängen und dafür die Erbitterung in die Kreise der Kollegen zu tragen. Wird die Last

unerträglich, so reißt auch einmal der geduldigsten Arbeiterschaft die Geduld. In einer Versammlung äußerte sich unlängst einer der ruhigsten Kollegen, lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende. Das sind mahnende Zeichen. Sichere sich jeder durch volle Beitragzahlung seine Rechte im Verband, denn wir wissen nicht, was kommen kann. Auf jeden Fall müssen wir immer gerüstet sein.

Ein Kollege.

Aus unserem Beruf.

25 Jahre Verbandsmitglied ist am 28. September d. J. unser Kollege, der Dreher Richard Wiel aus Bonn, zurzeit in Buchbach (Hessen). Viel dürfte einer größeren Anzahl von Kollegen in persönlicher Erinnerung sein, weil er in einer ganzen Anzahl von Betrieben unseres Berufes in Stellung war. Sein Eintreten für unseren Verband, seine Tätigkeit für unseren Verband, und in Verbindung damit sein Eintreten für möglichst günstige Arbeits- und Lohnbedingungen war oftmals der Grund, daß er sich immer wieder einen neuen Wirkungskreis suchen mußte. Gegenwärtig ist B. insolge einer im Kriege erlittenen Beschädigung nicht mehr in unserem Berufe beschäftigt. Zu seinem 25jährigen Verbandsjubiläum bringen wir dem Kollegen Viel unseren herzlichsten Glückwunsch dar.

Althaldensleben. Zu unserer Notiz in Nr. 34 der „Arbeits“, die Firma Otto Scheidt betreffend, können wir heute ergänzend hinzufügen, daß unserer Kollegin die 288 Mk. Kinderzulage noch bezahlt worden sind. Damit ist für die Zeit vom 1. Januar bis 1. April d. J. die Kinderzulage nachgezahlt worden. Der öffentliche Skandal hätte vermieden werden können, wenn die Firma — die allerdings nicht dem Arbeitgeberverband angehört — sich an maßgebender Stelle vorher erkundigt hätte.

Dresden. Gesellenprüfung in der Kreishauptmannschaft Dresden. Lehrlinge des Porzellanmalergewerbes in der Kreishauptmannschaft Dresden, welche im Herbst ihre Gesellenprüfung ablegen wollen, haben sich umgehend bei der Gewerbeamt in Dresden anzumelden.

Der Prüfungsausschuß. J. A.: Oskar Schade.

Gräfenhal. Eine am 5. September stark besuchte Porzellanarbeiterversammlung nahm Stellung zu den gewährten Leuerungszulagen und beschloß, ihre Unzufriedenheit durch eine Demonstration kundzutun, die am 7. September stattfand. Die in den hiesigen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten versammelten sich auf dem Marktplatz, versehen mit zahlreichen Schildern, welche entsprechende Aufschriften trugen. Nach kurzer, kerniger Ansprache eines Kollegen, der den Zweck und das Ziel der Demonstration erläuterte, bewegte sich der zirka 500 Mann starke Zug durch die Straßen der Stadt, um sich später wieder auf dem Marktplatz aufzulösen. Trotz der starken Beteiligung und großen Erregung war die Ordnung eine mustergültige. Zwar hielten es noch einige Angestellte unter ihrer Würde, die für sich gleichwertigen Ziele mit den Arbeitern gemeinsam anzustreben, trotzdem hat die Aktion gezeigt, daß man nicht gewillt ist, sich fernerhin mit den von den Unternehmern gereichten Almosen zu begnügen. Die Arbeiter und Angestellten sind fest entschlossen, sich eine Verbesserung ihrer Lage mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu erkämpfen.

Königssee. Auch in unserem stillen und friedlichen Städtchen macht sich die Leuerung ganz empfindlich bemerkbar. So kam es, daß unser fleißiges Porzellanerböllchen sich aufrüstete, vor allem die Zeitlohnarbeiter, um gegen den kargen Lohn zu protestieren. Lange dauerte es, um die Unternehmer zu erweichen, und alle Hebel wurden in Bewegung gesetzt, um die Arbeiter wieder leer abziehen zu lassen. Doch diesmal gelang es nicht; die Zeitlohnarbeiter erklärten, auch zum letzten Mittel zu greifen, und siehe, die entschlossene Haltung hatte Erfolg. Schnellstens traten die Unternehmer zusammen und beratschlagten, trotzdem zuvor immer und immer wieder erklärt wurde, man durchbreche den Tarif, wenn man mehr als den Mindestlohn zahle. So wurden auf einmal 20 Proz. bewilligt, trotz des geringen Verdienstes, welcher bei dieser schlechten Konjunktur zu erzielen sei. Nur die Firma Karl Riedeler brauchte längere Zeit, um sich den Abmachungen der übrigen Unternehmer anzuschließen. Dieser Herr, der keine Angst vor den Porzellanern kennt, wird auf seine Herausforderung bei nächster Gelegenheit eine andere Antwort bekommen. Die Vorkehrungen waren schon diesmal getroffen, doch gab derselbe im letzten Moment eine Erklärung ab, mit welcher sich unsere dort beschäftigten Kollegen einverstanden erklärten. So sieht es aus, Kollegen! Wenn Sie schon früher Eure Lage erkannt und danach gehandelt hättet, dann wären vielleicht anstatt 20 Proz., welche schon früher auf Euren minimalen Lohn kommen mußten, jetzt noch einmal 20 Proz. dazugekommen. Deshalb haltet fest an der Organisation, denn nur einig und geschlossen könnt Ihr Erfolge erzielen.

Magdeburg. Kollegen, die in der Terrakottabranche hierher in Stellung zu treten beabsichtigen, wollen sich vorher erst an die

Wesige Zahlstellenverwaltung wenden und nach den Verhältnissen erkundigen.

„Keramag“, Keramische Werke, A.-G., Meiningen. Von den Kollegen von einem der „Keramag“ gehörigen Werke wird uns berichtet, daß es dem Betriebsrat nicht gelungen ist, bei der Direktion durchzusetzen, ihnen Einblick in die Betriebsbilanz zu gewähren. Eine Bilanz der einzelnen Werke dieser Firma steht uns allerdings auch nicht zur Verfügung. Jedoch geben wir die in Nr. 20, „Keram. Rundschau“, dieses Jahres veröffentlichte Bilanz des Gesamtunternehmens zur Kenntnis der betreffenden Mitglieder, die erkennen läßt, daß die „Keramag“ durchaus nicht ungünstig abgechnitten hat:

„Keramag“, Keramische Werke, Akt.-Ges., Meiningen. Das Bestreben, die Werke zu voller Leistungsfähigkeit zu entfalten, wurde durch die ungenügende Kohlenbelieferung dauernd behindert. Der lebhaften Nachfrage konnte daher nur in unzureichendem Maße entsprochen werden. Wenn trotzdem ein befriedigendes Ergebnis erzielt werden konnte, so ist das vornehmlich dem lohnenden Auslandgeschäft zu verdanken. Die Werksanlagen sind im verflossenen Jahre teilweise ausgebessert und ergänzt und die hierfür aufgewendeten Beträge sowie die Bestände vorsichtig bewertet. Da die Abschreibungen auf Goldmark erfolgen und die dadurch verbleibenden Beträge nicht hinreichen, um Ersatz für Gebäude, Maschinen und sonstige Anlagen beschaffen zu können, wurde ein Werksaufwandsfonds errichtet, dem zunächst 700 000 Mk. zugeführt sind. Mit dem Konsortium, das den Erwerb der Werke ermöglichte, ist nunmehr die Schlussabrechnung vorgenommen. Der Rohgewinn für das verflossene Geschäftsjahr beträgt nach Rückstellung der vertrags- und sühnungsmäßigen Vergütungen und nach Abzug des vorjährigen Verlust-Vortrages 1 221 699,71 Mk. Hier von werden folgende Abschreibungen vorgeschlagen: Auf Betriebsgebäude 41 978,29 Mk., auf Wohnhäuser 5212 Mk., auf Ofenanlagen 42 863 Mk., auf Maschinen 21 013,60 Mk., auf Licht- und Kraftanlage 29 669 Mk., auf Hochbahn-, Gleis- und Anlagen 12 081 Mk., auf Fuhrwerk und Kraftwagen 12 010 Mk., auf Mobilien und Utensilien 7190,91 Mk., auf Werkzeuge 9248,57 Mk., so daß ein verteilbarer Gewinn von 1 040 433,34 Mk. zu folgender Verwendung bleibt; 5 v. H. dem Reservefonds 52 021,66 Mk., 4 v. H. Dividende 180 000 Mk., Zuweisung zum Vorkonten-Ronto 170 000 Mk., Lohnsteuer-Ronto 12 000 Mk., Grunderwerbsteuer-Ronto 10 000 Mk., 11 v. H. Ueberdividende 495 000 Mk., Vortrag auf neue Rechnung 121 411,68 Mk.

Sorau, N.-L. Wohl allerorten ist die Beobachtung schon gemacht worden, daß vielfach Angestellte ihre besondere Loyalität für die Firma durch arbeiterfeindliche Maßnahmen bekundet haben. Auch in Sorau hielt es der zurzeit amtierende Oberbrenner Fröber für angebracht, gegen die Dreher anlässlich einer Differenz Stellung zu nehmen.

Der den Kronacher Kollegen von der Firma Rosenthal wohlbelannte Oberbrenner erblickte seine Mission darin, Ersatz für die ausgesperrten Dreher zum Teil aus Kronach heranschaffen zu wollen, zum anderen Teil sollten die Dreherplätze nach Umstellen der Arbeitsmethode von weiblichen Arbeitskräften besetzt werden.

Wenn nun auch den Sorauer Kollegen die Liebedienerei eines Fröber nichts anhaben kann, dieser frühere Arbeiter aber auch nicht eine einzigen Dreher aus Kronach nach Sorau bringen kann und wird, so glauben wir doch das scharfmacherische Gebaren des Betreffenden der gesamten Kollegenschaft nicht vorenthalten zu dürfen.

Die Differenz, welche aus geringfügigen Ursachen entstanden war und ohne verschärfende Maßnahmen sich hätte sogleich regeln lassen, ist nach 2½-tägiger Aussperrung beigelegt.

Da in der Firmenerklärung, „keinerlei Interesse an einem gespannten Arbeitsverhältnis in der Dreherei zu haben“, mit liegt, daß die öftere Androhung des Ausscheidens nun abgetan ist, darf unter dieser Voraussetzung ein vernünftigeres Arbeiten bei anständiger Behandlung erwartet werden.

Der Sorauer Kollegenschaft rufen wir noch zu: verhaltet Euch korrekt und einig. Durch die Geschlossenheit der Mitglieder in Verbindung mit der Öffentlichkeit wird die Willkür einzelner Angestellter schnell erledigt sein.

Die Gauleitung Schlesien und Sachsen. E. Griesbach.

Larbenbach. Von Laubenbach, Firma C. Moritz, wird uns berichtet, daß nach monatelanger Kriegführung zwischen Betriebsleitung und Betriebsrat und Arbeiterschaft endlich eine Verständigung und eine Annäherung stattfindet. Man hat mit den beiderseitigen Organisationen vereinbart, daß, gemäß unserer Tarifgemeinschaft, in Zukunft alle auftauchenden Streitfälle möglichst unter Einziehung der beiderseitigen Organisationsvertreter gütlich geregelt werden sollen.

Dem können auch wir nur zustimmen. Wir geben uns der Erwartung hin, daß in Zukunft etwa auftauchende Meinungsdivergenzen sich nicht immer gleich zu Konfliktfragen auswachsen, und

daß wir fernertun der Verpflichtung enthoben sind, die Rechte unserer Kollegen unter Zuhilfenahme der öffentlichen Kritik zu wahren.

Vollstedt. Die älteste Vollstedter Porzellanfabrik A.-G. hat die bekannte Porzellanmanufaktur in Darmstadt angekauft. Der Betrieb dieser keramischen Manufaktur soll auf verbreiteter Grundlage fortgeführt werden.

Die Lage der Industrie spiegelt sich bis zu einem gewissen Grade in den Arbeitslosenziffern wider. Im ganzen Deutschen Reich war ein weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit am Ende des Monats Juli zu verzeichnen. In den Arbeitersachverbänden betrug die Zahl der Arbeitslosen am 30. Juli 143 375 oder 2,5 v. H. gegen 3,0 v. H. Ende Juni, 3,7 v. H. Ende Mai, und 3,9 v. H. Ende April.

In unserem Verbands waren arbeitslos Ende Juli 702 männliche oder 2,2 v. H., 715 weibliche Mitglieder oder 2,7 v. H., zusammen 1417 oder 2,5 v. H. gegen 3,2 v. H. Ende Juni.

Die von seiten der Industriellen der feinkeramischen Industrie geschilderte Lage für Monat August kann als günstig nicht angesehen werden. Im allgemeinen wird die Lage der Porzellan- und Steingutindustrie noch nicht als ungünstig bezeichnet, jedoch wird behauptet, daß die Nachfrage des Inlandes und ganz besonders die des Auslandes nachgelassen hat. Es wird in genanntem Bericht hierüber wörtlich gesagt:

„Ungeachtet einer weiteren Verteuerung der Herstellungskosten hat man es einstweilen noch unterlassen, eine Erhöhung der Verkaufspreise vorzunehmen. — In der elektrotechnischen und chemisch-technischen Porzellanindustrie müssen die Verhältnisse als in zunehmendem Maße ungünstig beurteilt werden, da sich auch das Ausland mit Rücksicht auf die in verschiedenen Ländern bestehende katastrophale wirtschaftliche Lage äußerster Beschränkung in seinen Käufen auflegt und von einer Belebung des Inlandsmarktes in keiner Weise die Rede sein kann. Während wir in erster Linie, und zwar für die gesamte Industrie, die protektionistischen Maßnahmen einer Reihe wichtiger Ausfuhrländer, die in manchen Fällen einer vollkommenen Unterbindung der Ausfuhrmöglichkeit nahekommen. Von diesen Verhältnissen wird ganz besonders auch die deutsche Luxusporzellanindustrie betroffen, die sich bereits seit längerer Zeit in einer äußerst bedenklichen wirtschaftlichen Lage befindet, und die ihre Betriebe nur durch Kurzarbeit und Arbeiten auf Lager aufrecht erhalten kann. — Die Sanitätssteingutindustrie stellt einen erheblichen Rückgang des Auslandsgeschäftes fest. Sie hat sich infolgedessen zu einer Herabsetzung der Auslandspreise für einige Länder veranlaßt gesehen und hat auf der anderen Seite die Inlandspreise, die mit den Herstellungskosten nicht mehr übereinstimmen, heraussetzen müssen.“

Ob die inzwischen stattgefundene Leipziger Messe eine wesentliche Veränderung der Gesamtlage mit sich bringen wird, vermögen wir momentan noch nicht zu beurteilen. Von einem seiner Mitarbeiter wurde dem „Berl. Tagebl.“ berichtet, daß in Porzellan-geschirr das Gesamtergebnis der Messe als sehr befriedigend bezeichnet werden kann. Als wichtigstes Absatzgebiet für deutsches Porzellan-geschirr werden die Vereinigten Staaten von Nordamerika bezeichnet.

Gewerkschaftliches.

Der 11. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands

wird in der Zeit vom 19. bis zum 24. Juni 1922 stattfinden. Der Tagungsort ist noch nicht bestimmt.

Lohnverhandlungen im Steindruckgewerbe

Die für den 3. September vereinbarten neuen Lohnverhandlungen für das deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe konnten nach rund 14stündiger Verhandlung durch den Abschluß einer neuen Lohnvereinbarung beendet werden. Die Gehilfenschaft, die auf Beschluß der Verhandlungsteilnehmer eine Forderung auf Erhöhung der Mindestlöhne von 80 Mk. in der Woche stellte, stieß mit ihrer Forderung auf den stärksten Widerstand der Unternehmer, die fortgesetzt beteuerten, daß das Gewerbe eine solche Belastung nicht ertragen könne. Die Verhandlungen, die noch durch das Aufkommen verschiedener Streiks erschwert wurden, gestalteten sich deshalb äußerst schwierig. Trotzdem konnte noch in später Abendstunde folgende Vereinbarung getroffen werden:

Auf die am 1. September tatsächlich gezahlten Wochenlöhne werden folgende Zulagen gewährt:

Für Gehilfen unter 24 Jahren vom 1. September 30 Mk., vom 16. Oktober 40 Mk., vom 1. bis 31. Dezember 50 Mk.; für Gehilfen über 24 Jahre vom 1. September 40 Mk., vom 16. Oktober 50 Mk., vom 1. bis 31. Dezember 60 Mk.

Bei Arbeitszeitverkürzung wird die Zulage anteilig verrechnet.

Oertliche Verhandlungen sind während der Dauer der Vereinbarung nicht gestattet.

Die Kostgeldentschädigung der Lehrlinge ist um 10 Mk. in der Woche dergestalt erhöht worden, daß dort, wo schon auf die bestehenden Sätze Zuschläge gezahlt werden, diese bis zu 10 Mk. aufge-

rechnet werden können. Die Mindestentschädigung für Verletzungen beträgt also: im 1. Lehrjahre 30 Mk., im 2. Lehrjahre 40 Mk., im 3. Lehrjahre 55 Mk. und im 4. Lehrjahre 70 Mk.

Die Kosten des Arbeitsnachweises. Das Reichsarbeitsministerium schreibt uns: Durch die Presse gehen Angaben über die Aufwendungen, die das Arbeitsnachweises erfordert und erfordern wird, die nicht unwidersprochen bleiben können. Die Aufwendungen sämtlicher Landesarbeitsämter für das Etatsjahr 1921 sind nicht, wie dort behauptet wird, auf 200 Millionen Mark im Jahre, sondern nur auf 16 Millionen Mark zu veranschlagen. Es betragen die Kosten des gesamten Arbeitsnachweises, also alle örtlichen Arbeitsnachweise eingeschlossen, in allen seinen Teilen in Deutschland etwa 150 Millionen Mark. Ganz unerfindlich ist, woher die Annahme kommt, daß mindestens 3000 Stellen neu einzurichten sind, wenn der Entwurf des Arbeitsnachweises in Kraft tritt. Es darf ganz im Gegenteil erwartet werden, daß durch Vereinheitlichung die Zahl der Arbeitsnachweise vermindert und Stellen erspart werden. Von einer Erhöhung der Anzahl der Stellen ist keine Rede.

Krankenkassenwahlen. Von dem Ergebnis der Krankenkassenwahlen ist die Zusammensetzung der übrigen Vertretungen in der Arbeiterversicherung abhängig. Die ursprünglich in Aussicht genommene Verlängerung der Amtsdauer für die derzeitigen Vertreter der Versicherten bei den Versicherungsbehörden und den Versicherungsträgern bis zum erfolgten Umbau der Sozialversicherung wird vom Reichsarbeitsministerium für untunlich gehalten. Es steht darum in Aussicht, daß die Neuwahlen noch in diesem Jahre erfolgen werden. Dabei soll eine Vereinfachung des bisherigen Wahlverfahrens dadurch Platz greifen, daß die Vorstände der Krankenkassen die Vertreter zum Versicherungsamt und die Vertreter in den Ausschüssen für die Landesversicherungsanstalten wählen. Die Ausschüsse der Landesversicherungsanstalten wählen dann die Vertreter zum Oberversicherungsamt und zum Reichsversicherungsamt. Der Einfluß der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften bei all diesen Wahlen wird um so größer, je mehr es gelingt, die übrigen Gewerkschaftsrichtungen bei den Ausschussswahlen zu den Krankenkassen zurückzudrängen. Die Ortsausschüsse müssen deshalb an allen Orten, wo bisher keine Neuwahlen zur Krankenkasse stattgefunden haben, eine rege Propaganda zur Wahl betreiben, um alle uns angeschlossenen wahlberechtigten Mitglieder der Krankenkassen zur Wahlurne zu bringen. Die Aufstellung der Listen muß gemeinsam mit den Ortsstellen des Afa-Bundes erfolgen und bei der Auswahl der als Vertreter aufzustellenden Personen ist besonders darauf Bedacht zu nehmen, daß die Bewerber für die von uns geforderte Zentralisation der Krankenkassen eintreten. Es ist unbedingt notwendig, daß die Ortsausschüsse sofort alle notwendigen Vorarbeiten treffen.

Vermischtes.

Keine Arbeit vor der Geburt. Nicht nur haben die Mütter und die Säuglinge unter den ungünstigen sozialen Verhältnissen zu leiden, sondern das soziale Leben wirkt schon auf die Frucht im Mutterleibe schädlich ein. Darüber schreibt Merletto in der „Klinisch-ther. Wochenschrift“. Vor allem haben die werdenden Mütter vor der Geburt zu ruhen. Arbeit bis zum Geburtstermin ist eine Gefahr für das Kind. Das ist besonders deutlich an dem Gewichte der Neugeborenen zu erkennen. Wenn die Mutter nämlich keinen Tag Ruhe vor der Geburt hatte, dann war das Gewicht des Neugeborenen 2752 Gramm. Hatte die Mutter nur 10 Tage geruht, dann war das Gewicht schon 2824 Gramm. Hatte die Mutter dagegen 20 Tage vor der Geburt Ruhe gehabt, dann war das Gewicht des Neugeborenen schon 3012 Gramm. Müßte das wirtschaftliche Leben nicht auf diese Notwendigkeiten Rücksicht nehmen? Aber der Kapitalismus kennt nur Gewinn und nichts als Gewinn. Da kann nur Besserung eintreten, wenn sich die Proletariat selber helfen.

Die Rauchbarkeit. Es ist festgestellt worden, daß sich die nicht tuberkulösen Krankheiten der Atmungsorgane unabhängig von den übrigen ansteckenden Krankheiten entwickeln, daß sie sogar steigend sind, während die Krankheitsziffer im übrigen absteigt. Von den Fachleuten wird es für diese Tatsache jetzt immer mehr der Rauch als Ursache angesehen, wie ihn die Industrie hervorruft. Während in allen Orten mit mehr als 15 000 Einwohnern an vorübergehenden Erkrankungen der Atmungsorgane auf 100 000 252 Todesfälle kamen, hatten die Städte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet folgende Zahlen: Düsseldorf 413, Bielefeld 414, Dortmund 414, Gelsenkirchen 428, Herne 441, Hamborn 446, Oberhausen 462, Recklinghausen 477, Königshütte 414, Hindenburg 623 und Lipine sogar 708. Danach sind die Industriearbeiter mehr leidend in ihrer Gesundheit als die Arbeiter anderer Berufs-

Verwaltungsberichte.

Dresden und Umgegend. Am 7. September sprach Kollege Uhlmann vor der Belegschaft der Firma Willeroy & Boch, welche in einer Stärke von mindestens 1000 Köpfen erschienen war, über „Die Bedeutung unserer kommenden Tarifverhandlungen“. Wenn wir es nicht schon wußten, dann haben uns die Zwischenverhandlungen gezeigt, daß wir uns bei den kommenden Verhandlungen auf den Kampf einstellen müssen. Güten müssen wir uns, daß unsere Kollegen, bedingt durch die gegenwärtige Teuerungswelle, sich ihren Blick trüben lassen. So selbstverständlich die Lohnforderungen unserer Kollegen zurzeit auch sind, der Hauptwert bei den kommenden Verhandlungen muß auf den Rahmentarif gelegt werden. Besonders die Paragrafen, die eine unseren Kollegen günstige gesetzliche Materie behandeln, müssen derartig gestaltet werden, daß die volle Auswirkung dieser gesetzlichen Bestimmungen durch den Tarif garantiert ist. Nachdem Nebner die durch die Vertrauensmännerkörper des gesamten Bezirks beanstandeten Paragrafen und die dazu gestellten Abänderungsvorschläge behandelt hatte, ging er zur Besprechung des Lohnabkommens und der dazu vom Bezirk gestellten Forderungen über. Nebner betonte, daß wir uns bei allen unseren Lohnforderungen in der Nachkriegszeit nicht von der besonderen Lage der feinkeramischen Industrie, sondern von dem Stand der allgemeinen deutschen Volkswirtschaft leiten ließen, denn sonst wären wir vor allem während der Zeit der ungeheuren Valutagewinne bestimmt berechtigt gewesen, ganz andere Forderungen an die Betriebe zu stellen. Diese Auffassung galt auch im Unternehmerlager; heute scheint dort eine andere Auffassung Platz gegriffen zu haben; wenigstens hörten wir bei den Zwischenverhandlungen aus dem Mund des führenden Mannes unseres Arbeitgeberverbandes, daß unsere Unternehmer verpflichtet seien, unsere Verhältnisse durch eine feinkeramische Brille zu betrachten. Der Nebner empfiehlt, dieser Auffassung beizutreten, denn es ist ein unheilbarer Zustand, alle unsere Lohnverhandlungen durch die Klageklieber der Thüringer Luxusindustrie beeinflussen zu lassen. Als unser Kollege Uhlmann zum Schluß noch die Berliner Zwischenverhandlungen streifte, machte sich ein allgemeiner Unwille bemerkbar. Die sachlich geführte Diskussion drehte sich denn auch zum guten Teil um diese Zwischenverhandlungen. Folgende Resolution läßt die Auffassung der Dresdener Steingutarbeiter klar erkennen:

„Die am 7. September 1921 im „Deutschen Kaiser“ tagende, von reichlich 1000 Arbeitern und Arbeiterinnen der Firma Willeroy & Boch besuchte Betriebsversammlung stimmt den Ausführungen ihres Sekretärs im allgemeinen zu. Der Bericht von dem Zwischenlohnabkommen löst bei der Versammlung Zweifel aus, ob wir auch fernerehin unsere Arbeitsgemeinschaft derartig bewerten können, wie in der Vergangenheit. Die Anwesenden sind über das Verhalten unserer Unternehmer, in Anbetracht der Tatsache, daß im Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft auch die Arbeitgeber ein sofortiges Verhandeln über die notwendig gewordenen Lohnerhöhungen empfohlen hatten, höchst empört. Die Forderung, der man, wohl um sie drauhen im Reiche schmachtender zu machen, den Charakter eines Vorschusses beigelegt hat, wirkt direkt lächerlich. Die Dresdener Steingutarbeiter sind sich ihrer Leistungen bewußt und verlangen, daß bei den kommenden Verhandlungen diesen Rechnung getragen wird. Es genügt nicht, daß wir uns nur notdürftig nähren können, sondern die Werte, die durch uns geschaffen werden, müssen uns eine Entlohnung sichern, die uns auch eine Befriedigung anderer Kulturbedürfnisse ermöglicht. Im Interesse eines gedeihlichen Zusammenarbeitens in den Betrieben erwarten wir von der Unternehmenseite, daß sie unseren Forderungen Verständnis entgegenbringt.“

Hörheim. Die Betriebs- und Zahlstellenversammlung vom 7. September befaßte sich zunächst mit der Teuerungszulage. Die Kollegen stellten den Antrag auf Gewährung einer Teuerungszulage, wie sie die Gaukonferenz Oberfranken und Oberpfalz beschlossen hat, für die Monate Juli, August und September. Zum neuen Lohnabkommen fordern sie für Zeitlohnarbeiter einen Zuschlag von 70 Prozent, darauf aufbauend für Akkordarbeiter einen Zuschlag von 30 Prozent. Kollege Mühlert gab dann Bericht über die Konferenz der Zahlstellen des besetzten Gebietes in Köln, der die Kollegen zufrieden stellten. Der Vorsitzende gab bekannt, daß in den nächsten Tagen der Sachbesprechung gefällig werden soll in Angelegenheit der Sezer. Der Kassierer ermahnte alle Kollegen und Kolleginnen, bei Krankheitsfällen ihren Krankenschein als Ausweis oder eine ärztliche Bescheinigung vorzulegen.

Königszell. Die am 1. September stattgefundenen Zahlstellenversammlung erfreute sich eines zahlreichen Besuches. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrt die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen Max Eppler in üblicher Weise. Unter „Geschäftliches“ werden einige Angelegenheiten erledigt. Unter anderem werden dem frankten Kollegen Stelzer 100 Mk., und der frankten Kollegin Frau Elsner 50 Mk. bewilligt. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung ist die Mitteilung von der Verhandlung vom 24. August zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Der Vorsitzende Kollege Heine erläutert nach dem Schreiben vom Hauptvorstand das Ergebnis der Verhandlung. Es folgt eine lebhaftes Aussprache, nach der folgende Resolution einstimmig angenommen wird:

„Die heutige Zahlstellenversammlung erblickt den Vorschub von 5 bzw. 10 Prozent auf den Lohn als Ausgleich für die eingetretene Teuerung als ungenügend. Sie erkennt darin das geringe Gefühl und Verständnis der Arbeitgeber für die wirkliche wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmer. Sie erwartet von den kommenden Verhandlungen unbedingt einen besseren Ausgleich der eingetretenen und noch zu erwartenden Teuerung und beauftragt den Hauptvorstand, die Kommissionsmitglieder, mit allen Mitteln zu versuchen, ein besseres Resultat herbeizuführen.“

Unter „Verschiedenes“ ermahnt der Vorsitzende, mit unbedachten Äußerungen vorsichtig zu sein. Nachdem noch über die Kartoffelfrage gesprochen worden ist, schließt der Vorsitzende die Versammlung mit der Bitte, alle weiteren Versammlungen wieder so gut zu besuchen.

König. Die Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen protestieren gegen das unzulängliche Angebot der Unternehmer und fordern, daß in Anbetracht der seit Mitte August schärfer steigenden Teuerung das neue Lohnabkommen bezw. die Lohnerhöhung rückwirkende Kraft vom 15. August ab erhält und Nachzahlung von diesem Datum ab geleistet wird.

Magdeburg. In der Versammlung vom 8. September wurde nach Erledigung einiger geschäftlicher Sachen auch über den gegenwärtigen Streit in Magdeburg gesprochen. Anscheinend bestehen Unklarheiten darüber, wie weit der Streit auszudehnen ist. Täglich werden Fragen an uns gerichtet, warum wir nicht mitstreifen. Es ist schwer, allen Fragenden begreiflich zu machen, daß wir Tarifbruch begehen würden, wenn wir streikten, indem unser Tarif noch weiter läuft. Beschlossen wird hierzu, an das Gewerkschaftskartell ein Schreiben zu richten zwecks Bekanntgabe aller derjenigen Gewerkschaften, die zurzeit noch gültige Tarife haben. Zu unserem bevorstehenden Lohnabkommen wurden noch einige bemerkenswerte Anregungen gemacht, unter anderem wolle man eine Kommission einsetzen, welche das Lohnabkommen alle vier Wochen revidiert, je nach dem Stand der jeweiligen Teuerung. Unter „Verschiedenes“ macht der Kassierer noch einige wissenswerte Ausführungen, welche die Mitglieder beachten wollen. In letzter Zeit ist es vorgekommen, daß Ärzte bei Geburten und sonstigen operativen Eingriffen von den Betreffenden vorher Geld verlangen, obwohl sie gar nichts zu verlangen haben von Kassemittgliedern. Die Mitglieder wollen daher etwaige wieder vorkommende Fälle bei der Krankenkasse melden. Des weiteren wurde noch an dem Verhalten der Zahlstellen Annaburg, Elsterwerda und Wittenberg Kritik geübt, die es sich angelegen sein lassen, in Sonderkonferenzen über das unkollegiale Verhalten des Vororts des 2. Agitationsbezirks heranzuziehen. Wir möchten bloß einmal die Frage aufwerfen, in welcher Sache der Vorort unkollegial gehandelt hat. Sind die drei Zahlstellen vielleicht der Meinung, daß wir alle Vierteljahre eine Konferenz einberufen sollen? Dem möchten wir entgegenhalten, daß unnötiges Verpulvern des Geldes keinen Zweck hat, und etwas anderes wäre es nicht, wenn schon von vornherein zu sehen ist, daß nicht viel bei solcher Konferenz herauskommt. Wenn alle Jahre eine stattfindet, so wird das wohl genügen. Im übrigen sind wir der Meinung, daß die in Frage kommenden Zahlstellen selber Mannes genug sind, um die richtige Auslegung des Lohntarifs bei den Unternehmern durchzudrücken. Es kann nicht jedesmal einer von uns dorthin delegiert werden; denn hier sind ja auch keine Verbandsangehörige. Es sind immer dieselben Märgler, die etwas herauszuziehen müssen. Uns soll es egal sein; vielleicht ist eine der drei Zahlstellen berufener als wir, die Geschichte des 2. Agitationsbezirks zu leiten. Wir wünschen ihnen im vorhinein viel Glück dazu.

M.-Glabbach. Versammlung vom 4. August. Gauleiter Jahn referierte über „Die Wirtschaftslage im besetzten Gebiet“. Er erwähnte: Der Leidtragende infolge der Sanktionen ist der Arbeiter. Ein Beispiel aus dem Düsseldorf-Berliner Bezirk, wo von 500 000 Arbeitern sehr viele nur durch die Sanktionen arbeitslos geworden sind. Ein Weiterbestehen der Industrie ist unter diesen Umständen auf die Dauer unmöglich. Die Luxusbranche hat sich etwas gehoben; besonders Porzellan und Steingut stehen sehr gut. Manche Arbeitgeber versuchen, den Arbeitern den Achtstundentag und die Ferien zu entziehen. Unsere Pflicht ist es, sich ernstlich dagegen zu verwahren. Die Arbeitgeber haben während und nach dem Kriege sehr große Gewinne zu verzeichnen, der Arbeiter dagegen hat große Verluste gehabt. — Die Versammlungen sollen wieder, wie vorher, jeden 1. Donnerstag im Monat im Lokal Lenzen stattfinden. Dazu wurde ein Komitee gewählt, welches die Feier des Gründungsfestes vorbereiten soll.

Neustadt b. Coburg. In der am 30. August einberufenen außerordentlichen Versammlung wurde unter Punkt 1 durch Kollegen Brand-Coburg über die Berliner Verhandlungen Bericht erstattet. Die sehr minimale Absingung für den Monat September von 5 bezw. 10 Prozent wurde ins „rechte Licht“ gesetzt und beschlossen, mit einer Resolution in der „Ameise“ an die Öffentlichkeit zu treten.

Resolution: „Die von 120 Mitgliedern besuchte Versammlung nimmt mit Entrüstung das ganz geringe Anerbieten der Arbeitgeber entgegen und beauftragt die Verbandsleitung und Zahlstellvertreter, bei den jetzt bevorstehenden Lohnverhandlungen mit allen gegebenen Mitteln dahin zu wirken, daß den Beschäftigten in der Porzellanindustrie in der immer weiter steigenden Teuerung entsprechende Lohn zukommt. Abzuweisen sind ferner aber alle beabsichtigten Verschlechterungen der bis jetzt tariflich festgelegten Arbeitsbedingungen. Die Existenzmöglichkeit des sonstigen Arbeiters ist dabei besonders zu beachten.“

Die Erörterungen über den Betrieb M. O. Arnold, früher Knoch, zeigten ein recht tiefbetrübtcs Bild, wie sich Akord- und Lohnarbeiter gegeneinander auspielen lassen. Der Antrag der letzteren auf Erhöhung des hier gezahlten Mindestlohnes von 3,90 Mk. wurde seitens des Inhabers dahin abgelehnt, daß, sobald die ganze Belegschaft mehr arbeitet und produziert als bisher, auch dann höhere Stundenlöhne gezahlt werden können. Als Musterbetriebe werden da immer die Firmen Kochhardt, Schmidt-Eckardt, Kronach, ins Feld geführt. Von den grundvertriebenen Einrichtungen dieser beiden Betriebe wird nichts hervorgehoben. Nur der hiesige Arbeiter ist es, dem die nötige Aufmerksamkeit fehlt und an dem vielen Ausschub Schuld trägt. Lob wird noch den so grundvertriebenen Anordnungen der Betriebsleitung selbst gespendet. Die angeblich ungünstige Situation, die durch die im vorigen Jahre aufgenommene Fabrikation von elektrischen Artikeln jetzt besteht, soll nunmehr durch die Wiederaufnahme der Fabrikation von Puppenköpfen weit gemacht werden. Das ist auch schon aus den Lohnstreitigkeiten in den einzelnen diesbezüglichen Abteilungen zu ersehen. Die Kollegen in den hier umliegenden Ortschaften wollen die nötige Vorsicht walten lassen auf event. Arbeitsangebote der Firma und sich vorerst bei den hiesigen Vertrauensmännern oder der Verwaltung Coburg in ihrem eigenen Interesse erkundigen. Die Entlassungen von 7 Stanzgerinnen unter Bezug auf § 123 der VO zeigen, was der Belegschaft harret, wenn sich dieselbe nicht ein menschenwürdiges Dasein verschaffen kann. Zum

Verbrechen der Stanzgerinnen sei bemerkt, daß diese, veranlaßt durch Kastenmangel, einige halbe abgeleert und die eigene Zeit dabei veräußert haben. Der hierbei gewordene und darauf gesundene Bruch wurde als direkt absichtlich gemacht und gestempelt, und nach § 123 sofort die Bezeichneten aus Kasten geworfen.

Rößneck. Die Versammlung am 6. September befaßte sich mit dem neuen Lohnabkommen. Nach einer gründlichen Aussprache, in der die erzielten Verdienste als absolut unzureichend erklärt wurden, verlangte man dringend Abhilfe. Es wurde folgende Resolution an den Vorstand gesandt:

„Die Porzellanarbeiter Rößnecks erwarten von ihren Vertretern bei den nächsten Lohnverhandlungen, daß Rößneck in Klasse I versetzt wird. Die amtlichen Indizes zeigen nach, daß Rößneck die teuerste Stadt Thüringens ist. Die Tariflöhne sämtlicher anderen Industriearbeiter am hiesigen Ort stehen um 1 Mk. bis 1,50 Mark pro Stunde höher als unsere Löhne. Wollen wir uns über Wasser halten, müssen unsere Löhne sich den Löhnen der übrigen hiesigen Arbeiter nähern. Dann müßten wir aber auch eine Lohnverbesserung von 75 Prozent erhalten, zumal die übrigen Arbeitergruppen wieder vor Abschluß neuer Teuerungszulagen stehen.“

Literarisches.

Aus dem Inhalt des in seinem ersten Jahrgange vorliegenden gut ausgestatteten Frauen-Hauschahs heben wir unter anderem hervor: Das Wahlrecht der Frau. — August Bebel. — Die Frauen und der Friede. — Hast du niemals Heimweh? — Ihr Leben war Liebe. — Frauen in der Gewerkschaftsbewegung. — Mütter und Arbeiterjugend. — Die Frau als Staatsbürgerin. — Die Volkswürde. — Vom Arbeiterinnenschub. — Die Versorgung der Kriegshinterbliebenen. — Der Erlösungsgedanke im Sozialismus. — Neue Haushaltsformen. — Der gute Geschmack im Hause. — Gute und schlechte Bücher. — Ferner gute Unterhaltungsliteratur: Novellen, Gedichte, Sprüche usw.

Wie aus dieser Inhaltsangabe ersichtlich ist, bringt „Der Frauen Hauschah“ eine Fülle von Unterhaltung und Belehrung. Das Buch sollte daher in keinem Arbeiterhaushalt fehlen. Der Buchhandelspreis beträgt 8 Mk. Durch die Organisationen bezogen wird „Der Frauen Hauschah“ zu Vorzugspreisen abgegeben.

Goldwerte. Nr. 16 der „Betriebsrätezeitung“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschäftigt sich weiter mit planwirtschaftlichen Untersuchungen. Die steuerliche Erfassung der Erträge aus den Sachwerten in einer Planwirtschaft wird aufgezeigt, die gemeinwirtschaftliche Regelung des Wohnungswezens dargelegt. Ganz besondere Beachtung wird der Aufsatz „Die Landwirtschaft in der Planwirtschaft“ finden, da eine solche Untersuchung bislang fehlte. Ausführungen des Generaldirektors Dr. Quisberg und Baurats Dr. Kösters zeigen, wie hervorragende Wirtschaftsführer zu den Forderungen der Arbeiterschaft stehen. Die Entwicklung und die heutige Organisation der Kaliindustrie schildert ein sehr interessanter Beitrag; „Neues aus den Betriebswissenschaften“ behandelt Montage und Revision. Unter „Gesetz und Recht“ erscheinen wieder eine große Zahl ausgewählter Schiedsprüche, die für jeden Betriebsrat von Wert sind. Zahlreiche andere Aufsätze vervollständigen den Inhalt dieses an Lehrmaterial so reichen Heftes. Die beigegebene Karte zeigt diesmal Südasien und vervollständigt die Sammlung. Die „Betriebsrätezeitung“ kann jedermann bei der Post, vierteljährlich 3 Mk., bestellen. Durch die Organisation ist sie erheblich billiger für die Gewerkschaftsmitglieder erhältlich.

„Die notwendige Verständigung der Arbeiterklasse“. Von Viktor Schiff. Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin 68, Lindenstr. 3. Preis 2,— Mk.

„Das Schulprogramm der Sozialdemokratie“. Von Dr. N. Lohmann. Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin 68, Lindenstr. 3. Preis 6,50 Mk.

„Schulkaserne oder Gemeinschaftsschule“. Von Janßen, Ramszus. Buchhandlung „Freiheit“, Berlin E. 2, Breitestr. 8-9.

„Mäterns Not“. Von Friedrich M. Mind. Verlag: Gesellschaft und Erziehung, G. m. b. H., Berlin-Fichtenau. Preis brosch. 8,— Mk., gebd. 12,— Mk.

„Der neue Geschichtsunterricht“. Von Prof. Dr. Endo Hartmann, Wien, und Nikol. Hennigsen, Hamburg. Preis 5 Mk. Zwei Vorträge, gehalten auf dem 1. Soz. Kulturtag in Dresden, nebst der sich daran anschließenden Diskussion.

Quittung.

Für den Kollegen B. Haupt-Metlach gingen ein von den Zahlstellen: Bonn 100,—; Schlierbach 50,—; M.-Glabbach 38,30 Mk.

Den Gebern besten Dank. Die Sammlung ist geschlossen.

Zahlstelle Flörsheim. G. Dittmann, Kassierer.

Sterbetafel.

Brattenborn. Ludwig Carl, Stanzger, geboren am 11. Oktober 1884, gestorben am 13. August am Herzschlag. Mitglied seit 1919.

Hauenstein. Richard Wesch, geboren am 10. September 1857, gestorben am 5. September an Magenkrebs. Mitglied seit 1919.

Heinsberg. Wilhelm Doffow, Malerlehrling, geboren am 6. Juni 1903 in Bittan i. Sa., gestorben am 22. August an Blinddarmentzündung. Mitglied seit Mai 1920.

Waldfassen. Johann Braun, Mäsemlenarbeiter, geboren am 1. März 1878, gestorben am 10. September an Lungenbrand. Mitglied seit 1919.

Ehre ihrem Andenken!

Polbeamter gesucht!

Für die Poststelle Coburg wird ein Polbeamter gesucht. Die Anstellung soll möglichst bis 15. Oktober 1921 erfolgen. Bewerber müssen eine mindestens fünfjährige Mitgliedschaft bis Kriegsausbruch nachweisen können. Die Bewerbung soll außer dem Lebenslauf die bisherige Tätigkeit auf gewerkschaftlichem Gebiete enthalten. Ein selbstverfaßter und selbstgeschriebener Schriftsatz über: „Aufgaben und Tätigkeit eines Polbeamten“ ist beizufügen. Bewerbungskarten sind bis spätestens den 30. September 1921 an den Gauleiter Emil Hoffmann, Ilmenau in Thüringen, Neue Straße 11, zu richten. Die Gauleitung für Thüringen.

Magdeburg.

Ausschneiden! Aufbewahren!

Erwerbslosigkeit muß sofort beim Unterzeichneten gemeldet werden. Unterstützung wird nur freitags nachmittags und sonnabends vormittags in meiner Wohnung, Speicherstraße 20, Seitengebäude, parterre, ausbezahlt. Im Krankheitsfälle nur gegen Vorlegen des Krankenscheines, bei Arbeitslosigkeit nur gegen Vorlegen der Invalidenkarte. Ferner weise ich darauf hin, daß nach § 5 des Statuts bei einem Wochenverdienst bis zu 65 Mk. 1,50 Mk. Beitrag, über 65 bis 150 Mk. 2,40 Mk., über 150 bis 220 Mk. 3,20 Mk. und über 220 Mark 4.— Mk. zu entrichten ist. Die Unterkassierer sind angewiesen, von der 40. Beitragswoche ab nur dementsprechende Beiträge entgegenzunehmen.

Albert Schlegelmilch, Kassierer, Speicherstr. 20, Seitengeb., part.

Quartalschluß am 24. September. Bis dahin bitte die Beiträge zu begleichen. Der Kassierer: A. Schlegelmilch.

Stanzerkommission Köppelsdorf.

Sonntag, 25. September, vormittags 9 Uhr, findet im Aurgarten Köppelsdorf eine Zusammenkunft der Stanzerkommission statt. Alle Personale müssen vertreten sein. E. Engel, Vorsitzender.

Beraminungs-Anzeigen.

Bahreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Amberg. Freitag, den 7. Oktober, Auf der Alm.

Berlin-Charlottenburg. (Figurenbranche.) Donnerstag, den 22. September, abends 5 Uhr, bei Wollschläger, Adalbertstr. 21. Tagesordnung: Bericht über unsere Lohnverhandlungen.

Magdeburg. Donnerstag, den 6. Oktober, nachm. 5 Uhr, im „Wintergarten“, Friedrichsplatz.

Zu dieser Versammlung müssen aber alle Mitglieder bestimmt erscheinen, auch die auswärtig wohnenden.

Adressen-Änderungen.

Mengersgerentz b. Sonneberg (S.-M.). Vorsitzender: Herm. Matthes, Augenarzt, Schneider, Porzellanfabrik.

Delsnik (Sa.). Vorsitzender: Otto Wolf, Stz. Unterweischlich bei Blauen i. Vogl., Nr. 54; Kassiererin: Rosa Lippert, Wallstr. 7.

Schorndorf. Schriftführer: Willi Stängle, Sonnenscheinstr. 18.

Quittung.

Für unser krankes invalides Mitglied August Freund gingen folgende Beträge ein: Annaburg 20,—; Althalbdenleben 15,—; Arnstadt (Thüringen) 10,—; Arzberg 25,—; Auma 10,—; Berlin 20,—; Bismarck 10,—; Brattendorf 20,—; Burgau 10,—; Cobitz 10,—; Elmshorn 20,—; Eßneroda 20,—; Farge 30,—; Frankfurt a. d. O. 10,—; Freiberg i. S. 10,—; Friedheim 15,—; Gotha 10,—; Gräfenthal 20,—; Grünbain i. S. 10,—; Grünstadt-Neu. 15,—; Goldlauter 10,—; Hennsdorf 20,—; Hermsdorf 20,—; Hirschau 10,—; Jena 20,—; Köhler 10,—; Köppelsdorf 30,—; Königszelt 20,—; Kölner Kollegen b. Stolze 10,—; Lettin 5,—; Limbach 20,—; Mannheim-Käferthal 10,—; Magdeburg-N. 15,—; Margarethenhütte 20,—; Marktredwitz 20,—; Mengersgerentz 20,—; Meuselwitz 10,—; Neuhalbdenleben 20,—; Neubaus b. Windisch-G. 15,—; Pölla 10,—; Rauenstein 10,—; Rehau 20,—; Roslach 20,—; Roslau 15,—; Roschütz 10,—; Sorau 20,—; Schönbach 15,—; Scheibe (Thür.) 15,—; Schlierbach 25,—; Schramberg 10,—; Stadtlengsfeld 20,—; Stanowitz 10,—; Stadtilm 10,—; Steinbach a. Wald 15,—; Staffel 20,—; Teltow 20,—; Triptis 10,—; Velken 20,—; Weilsdorf 10,—; Vohrenstraße 10,—; Vordamm 10,—; Waldenburg 20,—; Waldershof 10,—; Waldsassen 10,—; Weiden 20,— Mk. Summa: 1020,— Mk.

Die Sammlung ist geschlossen. Im Namen des Mitgliedes Freund als auch der Poststelle Tiefenfurt allen Gebern besten Dank. J. A.: Max Bufe, Kassierer.

Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frankiertes Anwert beiliegt, werden nicht weiter berücksichtigt.

Gelernter Tischler, in allen vorkommenden Arbeiten bewandert, sucht dauernde Beschäftigung. Angebote unter „E. M. 1“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Tüchtige flotte Blumenmaler für Unterglasur für sofort gesucht. Ledige wegen Wohnungsmangel bevorzugt. Gest. Off. an die Redaktion der „Ameise“ unter E. 4.

Gewandter Porzellanmaler, welcher längere Zeit als solcher tätig gewesen ist, sucht. Offerten mit Angabe, wo überall tätig gewesen, an die Redaktion der „Ameise“ unter D. 2.

Anverheiratete tüchtige Weiß-/Weiß-/Ansträger werden in dauernde Stellung gesucht. Anfragen sind zu richten an Carl Sühld, Stanz- und Emailierwerke, Erfurt Nord.

2 Kapseldreher, 1 Hilfsbrenner, 1 Hilfsarbeiter (Masseföhlager) suchen Stellung zum möglichst baldigen Antritt. Angebote unter „E. M. 1“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Tüchtiger Maler für Freihand-Unterglasurmalerei (Landschaft und Blumen) zu möglichst sofortigem Eintritt gesucht. Schwarzwalder Majolikafabrik, G. m. b. H., D 03 i. Baden.

Wir suchen für sofort nach Thüringen einen tüchtigen, selbständig arbeitenden Brenner für Muffelöfen mit Halbgas- und direkter Feuerung. Es mögen sich nur solche melden, die die nötige Erfahrung besitzen und bereits mit Erfolg gearbeitet haben. Wegen Wohnungsmangel werden Ledige bevorzugt. Gest. Offert. an die Redaktion der „Ameise“ erbeten unter „D. 2“.

Wir suchen mehrere unverheiratete Maler für reiche Dekoration. Wohnungsmöglichkeit vorhanden. Offerten mit Zeugnisabschriften an Porzellanfabrik Fraureuth, A.-G., Fraureuth (Meißen).

Für dauernde Beschäftigung suchen wir einen tüchtigen Porzellanfleischer, der schon in besseren Gebrauchsgeschirrfabriken tätig war. Porzellanfabrik Kloster Wehra, Kloster Wehra (Kr. Schleusingen).

Schriftmaler für Apothekenstandgefäße, der auch in Schilderarbeiten und Brennen geübt ist, findet dauernde Stellung. — Ausf. Bewerbung mit Schriftproben erbeten an H. C. Steinmüller, Dresden-N. 12.

Geschäfts-Anzeigen.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle, wie Nische, Schmiere, Lappen, Pinsel, Flaschen zahle. Zahle für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel, 10 Gr., 20—30 „ je nach Inhalt. — Darum schickt alles zu H. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sa.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Sachen. Bestes Geschäft dieser Art. Meile u. vünftliche Bedienung. Man verlange Prospekt.

Goldschmiere, goldhaltige Lappen, Nische, Flaschen und Pinsel kauft ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen. Oskar Rottmann, Stadtilm in Thüringen.

Selbständiger Porzellanmaler sucht Glanz- und Poliergold, sowie eine Aunderscheibe zu kaufen. Offerten unter „D. 2“ an die Redaktion der „Ameise“.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Nische — Pinsel — Gläser — Metallrückstände usw. zum Einschmelzen kauft. M. Köhler, Dresden-N., Gerichtstr. 8. II. Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Der schlechte Markkurs und der Mangel an Levantiner und Zymocasschwämmen bedingt sofortigen Einkauf.

Elefantenhorn Vorrat erschöpft; neue Sendung wird erwartet. Offertiere hierdurch für Dreher große naturelle prima Zymocasschwämme, das Stück zu 17, 25, 32, 35, 40, 50 Mk.; Levantiner Glanzschwämme, das Stück 11 und 20 Mk.; feine, weiche prima Nischschwämme, Form, das kilo, 100 bis 125 Stück enthaltend, 700 Mk. für Brennerie und Druderei mittlere, gepreßte flache Hartheadschwämme, das kilo, 90 Stück enthaltend, 225 Mk.; große, gepreßte prima Hartheadschwämme, das kilo, 40 Stück enthaltend, 400 Mk. Acht griechische Pferdebeschwämme, kleine, das Stück 5 Mk.; größere 15 bis 25 Mk.; für Steingut- und Tonwarenfabriken. Versand nur in geschlossenen kleineren und größeren Posten. S. Michelsohn, Schwammgroßhandl., Berlin C. 25, Brenzlauerstr. 48.

Gegr. 1896.	Gold, Platin und Silberabfälle aller Art		Gold-, Platin-, Silberpreis auf Anfrage
			
Beste Bedienung.	Schnellste Bedienung		
Seitert. Zwickau i. S., Osterwöhlstr. 32.			

Staunend billig

Kaufen Sie Ihre Segeltuch-Spangenschuhe, Turnschuhe u. Pantoffeln in allen Größen. Konrad Bügler, Schuhversand, Zirkdorf b. Fürth i. B.

Fusschneidemeßer (schmal, spitz), Ziehlingen, Polierbleche, Besen, Handseger und Ofenrohrbürsten liefert. P. Fische, Wahren bei Dyhernfurth (Sa.).

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Verlag: Wilhelm Herben, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Druck von E. Janikowski, Berlin SW., Glisbach-Str. 20.